

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa,
Zentrum Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postfachkonto: Dresden 1530
Verlooff: Riesa, Nr. 22.

Nr. 225.

Mittwoch, 26. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 22. bis 26. September 1923 0,30 Mark einseitig
Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 80 mm breite, 8 mm hohe Grandschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 80 mm breite Kleinschriftzeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende
Zeilensatz ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenzifferzahl. Keine Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch
Rückzahlung oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa. Schließjahr: 30000.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: auf Blatt 659: die Firma Eva
Wende in Riesa und als deren Inhaberin Eva Stella Wende geb. Wiedeke in Riesa.
Angew. Geschäftszweig: Groß- und Kleinhandel in Nahrungs-, Lebens- und Futtermitteln.
Auf Blatt 660: die Firma Waldemar Freygang in Riesa und als deren Inhaber der
Händler Franz Waldemar Freygang in Riesa. Angew. Geschäftszweig: Großhandel mit
Kakaowaren, Brauntwein und Schokoladen.

Amtsgericht Riesa, den 24. September 1923.

Auf Blatt 654 Handelsregisters: Mühlentwerke Oelsig, Aktiengesellschaft in Oelsig
b. Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 8. Septem-
ber 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 19 000 000 Mark in 8 800 Stück auf
den Inhaber lautende Stammaktien zu je 5 000 Mark gestiftet, mithin auf 25 000 000
Mark befestigt. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 2. Juni 1923
ist durch den Beschluß vom 8. September 1923 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage
in den §§ 4, 10 abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben: Die neuen Aktien sind
vom 1. Januar 1923 dividendenberechtigt. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist
ausgeschlossen. Der Ausgabebetrag der Aktien beträgt 50 000 000 %.

Amtsgericht Riesa, den 25. September 1923.

Infolge des schwachen Kohleneinganges bei unserem Gaswerk sind wir gezwungen,
den Gasdruck bis auf weiteres in der Zeit von vormittags 8—11 Uhr und nachmittags
3—5 Uhr herabzusetzen.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen machen wir hierbei besonders darauf auf-
merksam, daß die Gashähne auch während der vorgenannten Zeiten geschlossen
zu halten sind.

Der Rat der Stadt Riesa, am 25. September 1923.

Sam.

Riesauer Stadtanleihen von den Jahren 1891, 1898 u. 1901.

Die sämtlichen bisher noch ungelosten, auf 2000 M., 1000 M. und 500 M. lautenden
3%, 4% und 5%igen Schuldcheine der Stadt Riesa von den Jahren 1891 und 1898 und die
sämtlichen bisher noch ungelosten, auf 2000 M., 1000 M., 500 M. und 200 M. lautenden
4%igen Schuldverschreibungen der Stadt Riesa vom Jahre 1901 werden hiermit in Ge-
mäßheit der für diese Anleihen geltenden Bedingungen zur Rückzahlung für den
31. März 1924 aufgeführt.

Die Kapitalbeträge der gekündigten Schuldcheine werden vom 1. April 1924 ab
nicht mehr verzinst und bei unserer Stadtkassafirma, sowie bei den auf den Einscheinen
angegebenen Einlösungstellen ausgelöst.

Riesa, am 24. September 1923.

Der Rat der Stadt Riesa.

Die Ministerpräsidenten beim Reichstanzler.

Die Länder für Einheit des Reiches.

Western vormittag fand eine gemeinsame Besprechung der
Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichs-
kanzler über die Frage der Stilllegung des passiven Wider-
standes statt. Nach einer Darlegung des Reichskanzlers
brochen die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Aus-
druck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung dar-
über, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen, vor
allem finanziellen Gründen, abgebrochen werden muß. Eben-
so war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Pflicht und
Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven
Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen
Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen. Gegenüber
etwasen Versuchen, die Einheit des Reiches anzuzweifeln,
erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder
ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantast-
bares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.
(Bericht gestern abend durch Aushang bekannt gegeben.
D. Red.)

Die Entscheidung der Parteiführer.

Western nachmittag versammelten sich die Führer der
Reichstagsfraktionen im Reichstanzlerhaus. Der Reichs-
kanzler führte aus, welche innenpolitischen und finanziellen
Beweggründe die Reichsregierung zu ihrer, von den Vertre-
tern der besetzten Gebiete gebilligten Auffassung gebracht
haben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden müsse.
Er hob hervor, daß die schweren Opfer der Bevölkerung an
Mensch und Gut in den letzten neun Monaten nicht un-
genutzt geblieben seien, daß aber die durch sie geschwie-
dene deutsche Nation sich nicht gegen das deutsche Volk selbst
wenden dürfe. Aus den finanziellen Verhältnissen des Reiches,
deren zwingendem Diktat man sich nicht länger entziehen könne,
müsse man die Folge-
rungen ziehen und den passiven Widerstand beenden. Die
Fraktionsführer schlossen sich diesen Auffassungen des
Reichskanzlers an, mit Ausnahme des Führers der Deutsch-
nationalen Volkspartei, der den passiven Widerstand durch
schärfere Maßnahmen zu überbrücken wünsche.

In der geistigen Besprechung der Reichsregierung mit
den Führern der Reichstagsfraktionen erklärten die deutsch-
nationalen Vertreter, es gebe für Deutschland nur noch den
Weg, an Frankreich die ultimative Forderung zur Wieder-
herstellung des Rechtszustandes und Wiedergutmachung aller
Rechtsbrüche zu richten. Falls diese Forderung abgelehnt
werde, solle der Bruch mit Frankreich mit allen aus ihm sich
ergebenden Folgen vollzogen werden. Der händliche
Ausbruch der deutsch-nationalen Fraktionen des Reichstages
und des preussischen Landtages macht sich diesen Standpunkt
zu eigen und fordert zur Durchführung dieses Programms
eine Neubildung der Reichsregierung.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Nach der Besprechung des Reichskanzlers mit den Par-
teiführern trat gestern das Reichskabinetts zu einer Sitzung
zusammen, in der es sich in der Hauptsache mit der Prokla-
mation des Reichspräsidenten und der Reichsregierung be-
schäftigte, durch die der Bevölkerung die Aufhebung der Ver-
ordnung über den passiven Widerstand offiziell verkündet
werden soll. Die Proklamation soll heute veröffentlicht
werden. Wie die „Voss. Zig.“ wissen will, soll noch eine
zweite Proklamation durch die Vertreter der besetzten Ge-
biete erfolgen, in der der Beschluß der Reichsregierung im
Namen der Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rhein-
landes gutgeheißen und die Wiederaufnahme der normalen
Tätigkeit in den besetzten Gebieten empfohlen wird.

Vor dem unwürdigen Ausbruch, der heute nachmittag
zusammentritt, wird der Reichskanzler bereits mit einem
sehr klaren Programm treten. Man nimmt an, daß der
Kanzler vor dem Ausbruch auch die Proklamation verlesen
wird, die heute abend der Bevölkerung die Aufgabe des
passiven Widerstandes und die Gründe, die zu dieser Auf-
gabe führten, mitteilen soll.

Ein Rundtelegramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm er-
lassen: Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden
und Reichsbeamten ausschließlich den Anordnungen der
Reichsregierung Folge zu leisten. Eine erforderliche Not-
verordnung über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr
Reichspräsident.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Der Beschluß der Reichsregierung über die Aufhebung
des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wurde, nach einer
Meldung aus Gelsenkirchen, ohne jedes Zeichen von Erre-
gung aufgenommen. Die Befreiung von der lähmenden Un-
gewißheit der letzten Monate hat eine gewisse Entspannung
herbeigeführt. Die Gewerkschaften werden zu der neuen
Lage erst Stellung nehmen. Die Kommunisten, deren ge-
samte Presse bekanntlich verboten ist, fordern in Flugblät-
tern zur Fortführung des passiven Widerstandes und zur
Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf.

Die Pariser Presse über die Berliner Entscheidungen.

Die „Agence Havas“ sagt in einer offiziellen Mitteilung:
Das Ministerium des Auswärtigen hat nur durch die Presse
Kenntnis von dem Entschlusse der Regierung Stresemann
erhalten, den passiven Widerstand zu beenden; dem franzö-
sischen Botschafter in Berlin ist keine offizielle Mitteilung
ausgegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Be-
rorungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die
die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und
den Alliierten gestattet wird. Zwischen den alliierten Re-
gierungen wird unverzüglich ein Meinungsabtausch einge-
leitet werden, und es ist wahrscheinlich, daß Poincaré in er-
ster Linie mit den belgischen Ministern verhandeln wird.

„Coeuvre“ sagt, der Reichstanzler habe die Initiative
dazu ergriffen, den Vertretern der politischen Parteien und
den wirtschaftlichen Interessenten des besetzten Gebietes die
Einführung des passiven Widerstandes vorzuschlagen. Er
habe nicht gezögert, zu erklären, daß die Regierung allein
die Initiative ergriffen habe. Die Verantwortung hierfür
zu übernehmen, lege einen gewissen Mut voraus, den man
hervorheben müsse. Zum ersten Male seit vier Jahren zeige
sich ein Reichstanzler fähig, eine Aufgabe zu übernehmen,
welche die Aufgabe eines wirklichen Regierungschefs sein
müßte. Welches auch die Entscheidung der Vertreter der
Länder sein werde, der passive Widerstand sei nunmehr zu
Ende und die Diskussion über die Ruhrfrage könne begin-
nen. Frankreich werde sich endlich mit der an sich ermit-
telten Sache, nämlich der Reparationsfrage, beschäftigen. „Coeuvre“
hofft, daß es für diese Verhandlungen bereit sei.

„Gaulois“ erklärt es für wünschenswert, daß das
deutsche Reich nicht in die Anarchie und den Bürgerkrieg
in dem Augenblick ausgeliefert werde, in dem es sich dazu ent-
schließen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. „Gaulois“ weist
auch auf die separatistische Bewegung hin und sagt, Frank-
reich möge unter keinem Vorwand in diese Angelegenheiten
eingreifen, um nicht jenen Argumente zu liefern, die nicht
nur in Deutschland, sondern auch anderwärts behauptet,
es unterstütze einen separatistischen Versuch. Frankreich
müsse sich darauf beschränken, den Rheinländern die Frei-
heit zu lassen, ihren Willen auf Grund des Prinzips des
Selbstbestimmungsrechtes der Völker zum Ausdruck zu
bringen.

Londoner Pressestimmen.

Die gesamte Presse befaßt sich eingehend mit der bevor-
stehenden Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutsch-
land. „Reinhold Gazette“ schreibt, die Annahme der
französischen Forderung bedeute einfach das Eingeklinken
Deutschlands, daß seine wirtschaftlichen Kräfte erschöpft und
seine Finanzen bankrott seien. Wenn das Zustandekommen
dieser Lage das Ziel Frankreichs war, so könne es sich zu
seinem Siege beglückwünschen.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ sagt,
die Schwierigkeiten, die in Deutschland ständig wachsen,
schwieriger die deutsche Regierung keineswegs ein. Die
Rolle des deutschen Reichskanzlers auf der Konferenz mit
den Ruhrbeauftragten habe auch diesen Eindruck gemacht. Auf
der Konferenz mit den Parlamentariervertretern des Ruhrgebie-
tes schiene Stresemann dem Glauben Ausdruck gegeben zu
haben, daß, nachdem einmal der Widerstand eingestellt sei,
die vernünftigen Forderungen der deutschen Regierung
nach Freisetzung der von den Franzosen verhafteten Deut-
schen und der Rückkehr der Vertriebenen von der franzö-
sischen Regierung auszuhandeln werden müßten.

Die „Wall Mall Gazette“ schreibt: Es ist nicht sehr rüh-
mlich, einen Mann, der bis ans Hemd ausgezogen worden
ist, zu besiegen. So wenig wir auch die Deutschen lieben
mögen, so haben wir doch Achtung für die Ausdauer, die sie
während des Ruhrkampfes gezeigt haben. Wenn Poincaré
glaubt, daß Frankreich ein substantielles Erträgnis aus der
Ruhrindustrie ziehen könne, nachdem die den passiven Wi-
derstand anerkennenden Parzellierungen verhängen sind, so

wird er sehen, daß er sich sehr geirrt hat. Sklaven- oder
Halbsklavenarbeit kann in der modernen Welt nicht mit
Profit unternommen werden, und eine weiße Bevölkerung,
die unter der Drohung französischer Bajonette in den Hän-
den schwarzer Truppen arbeitet, wird mehr und mehr die
Sympathien der Zivilisation gewinnen.

Österreichs Mitempfinden.

Die Meldung von dem bevorstehenden Abbruch des pas-
siven Widerstandes im Ruhrgebiet gibt den Österreichern Anlaß
zu einem Vergleich zwischen der jetzigen Lage Deutschlands
und derjenigen im Herbst 1918. Die „Neue Freie Presse“
schreibt weiter: Wenn jemals, so bedarf das deutsche Volk
im gegenwärtigen Augenblick der Einigkeit und nur das
Zurückhalten der Gegenläufe, die Inbrunst welcher Vater-
landsdäule, kann es retten. Mit inwiefern Anteil empfinden
wir die Franzosen, die das deutsche Volk bewegt, und wir
haben nur die Hoffnung, daß es dem neuen Reichskanzler,
dessen Anfrichtigkeit und dessen Mut Bewunderung erregen,
gelingen möge, das Schiff an allen Rippen vorbeizuführen
und dem deutschen Volke jene Stimmung der Einigkeit und
Freiheit zu verleihen, welche geboten ist, um Opfer zu bringen,
die noch nötig sein werden, um die Befreiung herbeizufüh-
ren.

Reichstagsführung erst am Donnerstag.

Die Plenarsitzung des Reichstages, die für heute angesetzt
war, ist um einen Tag, auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr,
verschoben worden.

Was nun?

Der von der Regierung im Einverständnis mit den Ver-
tretern der besetzten Gebiete gefasste Beschluß, den passiven
Widerstand wegen der finanziellen Lage des Reiches aufzu-
heben, ist in Paris natürlich mit Jubel aufgenommen wor-
den. Die Pariser Blätter loben den Entschluß über das
weitere Deutschland, daß sich neun Monate lang unter un-
gehörligen Opfern und Leiden umsonst seiner Feinde zu er-
wehren versucht hat, voll aus. Zwischenmenschlich aber kommt
doch eine gewisse Bedenklichkeit zur Geltung, die sich fragt,
ob Frankreich seine Methode der rohen Gewalt nunmehr
fortsetzen kann, nachdem Deutschland auf den passiven Wi-
derstand verzichtet hat. Früher war es ja die französische Presse
und war es Poincaré selbst, die Deutschland ein weitgehen-
des Entgegenkommen versprochen, wenn es nur erst seinen
Widerstand gegen die Besetzung aufgegeben hätte. Nun, nach-
dem sich Deutschland nicht aus außenpolitischen Gründen,
sondern aus dem inneren Zwang seiner Finanzlage heraus,
sich zu diesem schweren Schritte verstanden, wird es nicht
möglich sein, von den eigentlich ganz selbstverständlichen Folgen der
deutschen Nachgiebigkeit, nämlich der Zurückberufung der
Ausgewiesenen, der Befreiung der Eingekerkerten und der
Wiedereinstellung der aus ihren Kerkern verjagten Beamten.
Poincaré hielt sich bis jetzt, wie auch schon in den Vorver-
handlungen, auf den harten Standpunkt, daß von einer all-
gemeinen Amnestie keine Rede sein konnte und nur Begna-
digungsfälle von Fall zu Fall in Betracht kämen. Wenn die
französische Regierung auf diesem Standpunkt verharren, so
wären weitere Verhandlungen nicht nur unnütz, sondern
auch mit der deutschen Ehre nicht mehr verträglich. Frank-
reich würde dann auch jede Verabreichung des Rhein-
und Ruhrgebietes unmöglich machen, die Wiederaufnahme der
Arbeit fördern und die Bevölkerung geradezu mit Gewalt an
die Fortsetzung des Widerstandes in aktiver Form hindrän-
gen. Wenn wir es nur allein mit Frankreich zu tun hätten,
so müßten wir auf jede Hoffnung einer noch erträglichen
Lösung verzichten; denn Poincaré hat ja in seinen letzten
Sonntagsreden ganz unverhüllt darauf hingewiesen, daß die
Revolution und Aufstände im Deutschen Reich nur er-
wünscht wären, da er sie mit seiner überlegenen militärischen
Macht als Vorwände und Mittel für seine Eroberungspläne
benutzen könnte. Wir werden aber, wenn es zu neuer
Verhandlungen kommt, unter allen Umständen darauf be-
stehen, daß wir nicht allein mit Frankreich, sondern mit den
Alliierten verhandeln und werden auf die Verpfändungen
hinweisen, die uns von England und Italien gemacht worden
sind. Ganz zweifellos steht heute die öffentliche Meinung der
Welt auf unserer Seite und wenn auch Poincaré am Sonn-
tag gesagt hat, daß Frankreich entschlossen sei, durch die schwan-
kende Welt hindurch seinem Ziele zuzustreben, so dürfen
sich ihm doch Gemütskräfte entgegenstellen, die ihn zu einem
Einlenken bewegen. Spricht doch sogar schon ein Teil der
Pariser Presse davon, daß nunmehr Deutschland seinen nor-
malen Platz unter den Nationen Europas wiedererlangt